

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonntage und Feiertage.
Preis: 12 Sgr. für Berlin, 15 Sgr. für die Provinz,
20 Sgr. für ganz Preußen, mit Post-
zuschlag: 2 Sgr. für ganz Deutschland.
Die einzelne Nr. wird mit 24 Sgr. berechnet.

Neue Preussische Zeitung.



Alle Postämter nehmen Bestellung
auf dieses Blatt an, für Berlin die
Erpeditionen der Rheinischen
Zeitung.
Deutscher-Strasse Nr. 5.
Inserats-Preise für den Raum einer
vierzeiligen Zeile 2 Sgr.

Nr. 211.

Berlin, Donnerstag, den 11. September.

1851.

Die Denkschrift zur Gemeinde-Ordnung vom 26. August.

Drei Grundgedanken beherrschen diese merkwürdige Denkschrift, mit der der Minister des Innern die Beratungen zunächst des Brandenburgischen, dann auch der anderen Provinzial-Landtage eröffnet.

Der erste hat das Verdienst der Rückkehr zu einer der entschiedensten Eigenthümlichkeiten des alten Preussischen Staats, zu dem Bewusstsein, daß Stadt und Land in unseren städtischen Provinzen grundverschiedene Dinge sind, und daß man daher auf das Unternehmen, Beide in eine und dieselbe Gemeindeordnung hineinzuzwängen, verzichten muß. — Wie sauer ist doch diese Ansicht der Regierung geworden und wie leicht wäre sie gewesen, wenn unsere Staatsmänner, nachdem sie sich der Revolution auf dem Straßen entzogen, mehr der geschichtlichen Ansicht und Bildung vertraut hätten. — Sie wußten sich dann erinnern, daß in den Kerkern der Monarchie seit den Zeiten des großen Kurfürsten die politische, finanzielle und wirtschaftliche Gefährdung des Unterliegendes daran gearbeitet hat, Städte und Land vollkommen auseinanderzulegen: in jener Zeit begannen die Städte ihr Selbst zu verlieren: sie wurden der Administration landesherrlicher Beamten untergeben: gerade mit ihrem Absterben an Zahl, an Industrie und Cultur verloren ihre Bewohner mehr und mehr ihre notwendige Beziehung zum öffentlichen Leben, — wurden sie mehr und mehr rein private Menschen; diese Veränderungen unserer Städte — namentlich der größten — vereinigen sich nirgend zu einem Ganzen, denn in der unendlichen Mannichfaltigkeit ihrer Existenz haben sie eben nicht gemein als das Wohnen innerhalb derselben Thore und Stauer-Schlagbäume: sie sondern sich aber auch eben so wenig nach bestimmt erkennbaren Klassen: denn nicht nach verschiedenen Bedürfnissen, nur nach vollständigen Rücksichten oder nach dem Grade ihres Lebensgenusses werden sie noch amtlich unterschieden; diese Abtheilung der modernen Gesellschaft, deren Ritz der Geisteswelt, stellen sie in der größten Verwirrung dar; — einer so geordneten Gemeinschaft lassen sich Gesetze eben so leicht nehmen als geben: indem sie alle diese Menschen in ihren unendlich verschiedenen Lebenslagen gleich oder gleichmäßig treffen sollen, ist der natürliche Erfolg, daß sie im Herzen eigenlich Niemandem treffen. Das geht den meisten Berlinern der Magistrat und die Gemeindeverwaltung an?

Nur bei denen zu verstehen, deren Interessen materieller Art sind: wie Manchem, wenn er nicht gar das Unglück hat, auf die Gefahr der großmüthigen, am Hofe von Madrid überreichten Diplomatie für die Verbesserung der Lage der Spanischen Staatsgläubiger haben zu müssen —, ist nicht der Wunsch über die Neuvertheilung eines Theils aus dem halben Durchmesser von Deutschland einseitigen Einsicht, an der er als Nationalist partizipiert, viel wichtiger, als Alles, was diese Stadt, ihren Haushalt und die Lagen ihrer Bewohner jemals betreffen kann? — In die städtischen Bedürfnisse wählen oder gewählt zu werden, ist für ihn das gleichgültigste aller Angelegenheiten: — im besten Falle eine Frage des persönlichen Angehens.

Dagegen hat auf dem Lande das Eigenthum und mit ihm der Mensch seinen politischen Charakter, seit dem Ende des 17. Jahrhunderts — im Gegensatz zur städtischen Entwicklung erst recht fest: der rittermäßige Grundbesitz mit jenen Ständerechten und Pflichten, die mitten in dem Staate, der sonst überall von der Kleinrentenwirtschaft geprägt war, ihre patriotische Natur bis in die letzten Jahre unverändert behauptet haben: der Bauernstand in Folge jener Weirge, die bis in den Anfang dieses Jahrhunderts die Weirge, Genoss, Vererbung seines Gutes zwar regeln und einschränken, desselbe aber auch vor Verfallung, vor der Gefahr der Veräußerung, von dem größten Verfall verschonen, in seiner Eigenthümlichkeit ausgedrückt zu werden. — Darum bildet — alle Abtheilungen, auch bis zu der des Tagelöhners und Knechts hinüber — jede menschliche Existenz auf dem Lande noch ein festes Ganzes: die Stelle, an der der Einzelne wohnt, die Art, in der er ernährt und genügt, ist noch in Wechselbeziehung mit seiner Rechtschaffenheit und seinem politischen Dasein: er vermag deshalb dem Staate sich weniger zu entziehen; unmittelbar, mit ihren geschichtlichen Konsequenzen, dringt eine gewaltige Veränderung des Zustandes auf ihn ein: widerwärtige, verwerfliche Gesetze treffen ihn viel härter als die Städte: die Frage der nächsten Repräsentation der öffentlichen Gewalt, der Obsequenz seines Wohnortes, ist für ihn die des Staates und des Hauses zugleich: die Person, die dazu berufen ist, die Art, wie sie ernährt wird, schließt für ihn, je nach Befinden, die Möglichkeit ein oder aus, ruhig und ungehindert innerhalb seiner Wände zu leben, auf seinem Hofe zu verweilen, sich Ansehen als Wohlthäter zu erwerben. Ob er für größere Kreise des Staatslebens fortleben, mit Erfolg wirken, ob er durch den Kampf an der Spitze seines Hauses vernichtet werden soll — von der Art, wie man ihm hier in der Gemeinde Leistungen und Rechte zuzuschreiben, von dem Gesicht, mit dem man dieses hier mit einander ausgleichend versteht — hängt es ab. — Gang gut, wenn das Verhältnis von Land und Stadt in der alten Preussischen Monarchie ein anderes gewesen wäre: wenn unsere Städte in demselben Sinn juristische und politische Individuen geblieben wären, wie die Reichthümer unserer städtischen Ländchen und Kreise: wenn in ihnen eine Corporation von Bürgern die Harmonie privaten und politischen Lebens fort und fort bargehalten und mit dem sich erweiternden Leben diesen städtischen Geist auch einer größeren Gemeinschaft mitgetheilt hätte, wenn auch hier ein städtischer Geist darin den Übergang der Landesverwaltung gesehen hätte, daß man die fürstlichen Steuerbeamten in die Städte schickte und ihnen die alten Magistrats unterwarf, — wie gleichmäßig die Mobilität und Genüß in England — freilich zum guten Theil in Folge des starken grundbesitzlichen Interesses an der Sache — es als ihren eigenen Ruin empfanden, als die letzten Stadien der Zerstörung der Städte anstakten und die Rathbänke mit Geschehen ihrer Willkür erfüllten.

Alles dem ist nun nicht so. Städte, jenen alt-europäischen Muster verwandt, würden sich bei uns noch in Neu-Vorwärten finden lassen. Land, das, Preussisch gesprochen, kein Land mehr ist, haben wir vorzugsweise in jenen städtischen Kreisen, deren Anfänge Friedrich schon vorfand, und auf die er alle seine Wirtschaftlichen und Gesellschaftlichen Prinzipien — daß die Industrie lediglich den Städten gebore — nicht mehr anwenden konnte; so daß die Gegenstände der Bevölkerung, die Anstalten in den Städten, Colonisatordörfer u. d. Staatsmänner und Gesetzgeber haben es mit dem vorhandenen Stoff zu thun: sie werden diese Auswüchse ihrer Natur gemäß zu behandeln wissen, die eine mit Schonung des gutbewährten Alten, die andere durch eine Organisation, die die wild-wuchernden Triebe regelt, dem zunehmenden Verderben der Städte Einhalt thut; im Uebrigen, für die Regel vergleicht sie, — ist und nach den vorliegenden Erfahrungen — auf den unheilvollen Gedanken, das Land unter dem Namen „Gemeinden nach Art III. und Sammelgemeinden“ unter städtischen Administrationen zu vertheilen; die Städte allein, an die Administrationen der Gemeindeglieder und ihre notwendig wechselnden Verhältnisse

bereits gewohnt, behalten oder empfangen die Gemeindeordnung vom 11. März 1850, beiläufig mit einigen veränderlichen Modifikationen, wie nach dem Muster der Englischen Municipal-Bill von 1835, die dreißigjährige Anhängigkeit als Bedingung der Theilnahme an den politischen Rechten der Gemeinde, die Erhöhung des Genus für diejenigen Gemeindeglieder, die weder Gewerbetreibende noch Hausbesitzer sind, die Erhöhung der Position des Magistrats gegenüber der Gemeindevertretung von einem bloßen Exekutivbureau zu einer wahren Obrigkeit, der Wegfall jenes Bezirksraths, der sich schon in der bei Weitem vollkommeneren Gestalt der landständischen Abtheilungen der Regierungskollegien nach dem Administrationsplan von 1808 bei uns nicht bewährt hat, und auf den in dem letzten Kleide von 1848 zurückzukommen gewiß vom Uebel war u. c.

Was aber nun mit dem platten Lande anfangen? Das führt auf den zweiten Gedanken der ministeriellen Arbeit — er heißt keine Codification, und wir schlagen ihn noch höher an, als den ersten, denn er ist nicht bloß Richtig, er enthält ein Neues, für uns Preußen ein großes Wagnis. Wir sagen und einmal los von der Codification, die wir so recht eigentlich in die Welt gebracht haben. Inner Grävell, an den und so viele Caricaturen der Paulistengasse erinnern — wie er bald mit seinen Amendements Rollen den Gassen und den Kaisertrümmern aufsteht, bald im Schweiße seines Angesichts den schwerbeladenen Amendements-Karren die Stufen der Tribüne hinaufklettert — wer hat ihm die Geduld widerfahren lassen? Er ist ein echter Landrechtler, der dem Reiche seine Constitution gemiß im Stile des Landrechts gegeben hätte, so hübsch grünlich und ausführlich in etwa zehntausend Paragraphen. — Und wir haben waren gleichzeitig auf dem besten Wege, seinem Verkehren Obje zu machen: der Kultusminister des 19. März hatte 40,000 Schulmeister berufen, um auf Grund ihrer Weisheiten ein reichhaltiges Schulgesetz schreiben zu lassen. „Unterrichtsgesetz“, so lautet noch bis auf den heutigen Tag unter dem ein Wort, welches von der Akademie der Wissenschaften bis zur Dorfschule herunter aller Lehre und alles Lernens Uebel und Regel in sich enthält, wo möglich auch die Kunst, die freie Himmelsleiter, in das Paragraphe-Netz einzufangen soll. Nach solchen Vorgängen bedeutet es Uebel, daß man sich entschließt, unzufrieden, sich darauf besinnt, daß wir doch im Allg. Landrecht Teil 2. Tit. 7. §§. 18—86. in der That schon eine Landgemeinde-Ordnung besitzen, daß es nur nöthig ist, diese vor die Hand zu nehmen, und zu wissen, was davon wirklich antiquirt ist, und was darin, in Folge der inzwischen vorgegangenen Entwicklung, des Einflusses neuer Klassen der städtischen Bevölkerung, die Bildung des grundbesitzlichen Standes u. c., ergab, oder abgeändert werden muß. Die Mängel sollte sich übersehen lassen, wenn er das Problem von den Stämmen und Rechte-Vertheilung, das heute alle politischen Kräfte beschäftigt, dort in zwei einander ergänzenden Paragraphen ohne alle Genus-Interaktion gelöst findet: §. 20. Nur die angelegenen Rechte nehmen als Mitglieder der Gemeinde an den Verordnungen Theil. §. 21. Die Gemeinde kann aber zum Nachtheil der Rechte der übrigen Dörfer-Gemeinden nicht beschließen. — Die Denkschrift fordert die Provinzen auf, jede nach ihren Erfahrungen und Bedürfnissen die Arbeit der Ergänzung und Abänderung des bestehenden Rechts vorzunehmen: die bestehende Rechtsquelle, das Landrecht, ist so weise, auch innerhalb der allgemeinen Normen, die sie gibt, der Orts-Ordnung, dem Localstatut des freilich Spielraum zu gewähren; auch hierin schließt sich ihr der Minister des Innern an. — So sind wir auf dem Wege, provinzielle Landgemeinde-Ordnungen zu erhalten — kurz das Wesentliche festzustellen, — und innerhalb ihrer, sofern das Bedürfnis und die Fähigkeit wahrer Rechtschaffenheit vorhanden ist, — alle Mannichfaltigkeit statutarischer Ordnungen; Anfänge dazu enden wir plötzlich in den bei den Separationen und Gemeindegliederungen überall abgefallenen Rechten, die, wie bekannt, oft die wichtigsten Befreiungen über das Leistungsfähigkeit der einzelnen Grundstücke enthalten. Die Gemeinde-Ordnung, auf der Höhe ihrer Definitionen, vor viel zu vornehm, von derartigen Kleinigkeiten nicht zu nehmen: sie sagt kein Sterbenswörtchen davon: erst, wenn wir die Spanische Stille des Codificirens aufgeben, das Geschehen treiben wollen, wie Oesen und Trinken frei“ erinnern wir uns, wie reich besetzte Tassen schon unser warten.

Aber daß wir daran Platz nehmen können, das gehörte noch ein Drittel, das Bedenken ohne Frage, was die Denkschrift bieten konnte; die also zu Stande kommenden provinziellen und lokalen Gemeinde-Ordnungen müssen auch ein unveräußerliches Eigenthum der Provinzen bleiben, unter deren Vertretern sie entstehen. — Wenn Gegenstand dieser Tendenz will der Minister des Innern, ganz der bestehenden Rechtschaffenheit gemäß, der nächsten Session der Kammern übergeben, sie in aller Form auf das Gebiet provinzieller Gesetzgebung und Rechtschaffenheit verweisen. — Eine Sonderung des Bundes von der merkwürdigen und glücklichen Art! Jedermann weiß, wie sehr unsere Provinzen ein bestimmtes geschichtliches Gepräge hat: die Kerkern der Monarchie, gleichzeitig gegenüber den Außenwänden, zeigen untereinander verglichen wieder bedeutende Gegensätze: man braucht nur an die Eigentümlichkeiten der Provinzen, die die Stellung der Städte in Schlesien und in den Marken, an den vorliegenden Geist in Pommern und wiederum in Preußen zu denken: diese Individualitäten sind so spröde, daß selbst die improvisirte Kreis- und Provinzial-Ordnung von 1850 die Provinzen nicht alterieren konnte, die Verwaltung durch die Oberpräsidenten, dem constitutionellen Schema eigentümlich zumeist, einzuwirken hat bestehen lassen müssen. Es ist nicht leicht, den bestehenden Organen, die, an der Zahl, und ihrer Mitte hervorgehen sollen, die rechte Stelle zum Gange des Staates anzuweisen. Wie die Ergänzung solcher Provinzial-Verordnungen von oben her in dem oben bezeichneten Gesetze projectirt war, würde nur ein sehr schwach Ding, so eine Art gang auf Verwaltungsgedanken eingeschränkter Generalraths der Departements, jener städtischen Provinzialnatur nimmermehr ebenbürtig, daraus geworden sein: wir würden und damit der von den Parteien und Lebensschichten der Kammer einmal unabhängigen Stimme des Landes beraubt haben. So haben die Franzosen zwei Menschenalter hindurch zu ihrem Schrecken gehabt, bis sie nun, freilich wie spät! die wahre öffentliche Meinung aus diesem Generalrathen zu erfahren gehen! — Aber von der anderen Seite die Provinzialstände wieder zu dem Geist erwecken, der sich hier in der Epoche von 1840 bis 1848 bewährt hatte, jede dieser Versammlungen zum Theil über die allgemeinen Staatsgesetze aufzuheben, wäre nicht minder falsch. Man verneint die beiden Klappen, wenn man ihnen einen Bereich einräumt, der politisch und doch von dem Gemeinthaute nicht zu beherrschen ist, ein Rechtsgelände gerade im Niveau der Provinzen, das nicht unterhalb ihrer Höhe herabsinkt, sich nicht über dieselbe hinaus erstreckt. Ein solches eröffnet hier die Denkschrift: die allgemeine Staatsverwaltung kann ohne Bedenken gegeben, daß ihre Unternehmungen darauf gerichtet sind, daß sie es aufgeben muß; es kommt nur auf das Talent bei der neuen Verfassung an, so ist es den Provinzen dauernd erworben. Kommt dazu, wie die Denkschrift will, daß auch die Regulierung der Kreisverwaltung zur

Competenz der Provinzial-Landtage gehören soll, so wird bald die gesamte Provinzialverwaltung ihr geschlossener Aidescommis sein. Wenn Gebiete sollte auch durch diese Ausdehnung geschwächt werden? Gewiss der Kammer! Wie gehören wirklich nicht zu denen, die ihren wahren Beruf antasten oder vertüngen wollen: aber wie bestreiten, daß jene Unmöglichkeit der städtischen Parlamente, jede Gemeindegliederung oder -Einfriedigung von seinem Votum abhängig zu wissen, jemals ihr Vorbild werden kann. Wie jenes Muster gewöhnlich falsch aufgefaßt wird, so übertrifft man auch hier, daß in England alle das particulare Recht verändernden Weirge wesentlich in dem Kreise, für den sie Geltung haben sollen, entstehen, bis in das Detail aus dem in ungewöhnlicher Weise bekannten Wunsch und Zeugnis der Beteiligten hervorzuheben, daß, wo wirkliche Eigentums- und Privat-Interessen in Frage kommen, der förmliche Antrag dieser Beteiligten abgemessen werden muß. Dort, bei der Freiwilligkeit und Stärke der rechtsbildenden Kräfte, bedeutet das Fehlen jener unglücklichen Verhältnisse eben nur, daß jedes neue Rechts-Produkt das Siegel der Parlaments-Autorität für sich einholt: diese Arbeit der Gesetzgebung für jede Gemeinde und Kreisverfassung im Reiche war dort recht dazu geeignet, jenen hohen Rechts- und Rechtsbegriff aus der Mannichfaltigkeit des Lebens immerfort Lehre und Weisung zu geben, ihn um so eher bei denjenigen, was er dann selbstständig, aus der Fülle seiner Gewalt für allgemeine Staatsverordnungen unternehmen, innerhalb der Schranken der wahren Bedürfnisse festzuhalten. Gerade so viel beschäftigt, ist er nirgend so viel. Unsere continentalen Kammern hingegen leben des Glaubens, daß sie alles Recht im Lande erst wieder zu machen haben, sie kennen daher keinen Hauptpunkt, als bis Alles, was vor ihnen da war, vernichtet oder nach ihrem Willen umgeformt ist, bis endlich ihre Vaterpflicht erfüllt: so absorbieren sie den im Lande wohnenden Rechtsgeist, der in Zeiten der Krise ihre sicherste Stütze sein sollte. Gerade um desswillen ist es nöthig, ihnen die Rechte entgegen zu halten, an deren Grenzen ihre Thätigkeit erst das rechte Maß gewinnen muß. — Oder sagte man uns, daß die Macht des Staates, der Nachdruck der obersten Gewalt unter dieser Vielfalt der provinziellen und gemeinlichen Einrichtungen leiden werde? Die Theorie von heute ist gleich mit diesem Axiom bei der Hand: die Erfahrung von lange widerlegt es; in welchem Staate hat jemals eine größere Concentration aller Kräfte stattgefunden, wo ist jemals der Volksgestalt enger, mehr in sich geschlossen, nach Außen gerichtet worden, als in dem Preußen Friedrichs? Der große König hat seinen Staat nicht ohne die im Föhlger mit umhergetragen: man muß sich erinnern, wie aus den geographisch abgegrenzten vom Föhlger zur Subjugation gelangenen Provinzen die Jugend in die Lager hindurchführte, König und Vaterland anzuschauen — und doch galt noch verführerischer Recht in den einzelnen Ländern: doch wurde die Landesverwaltung überall intact erhalten: es wird noch immer — zum besten Zeugnis für die Regel, die gegeben — als die merkwürdigste Ausnahme angesehen, daß der König einmal um der administrativen Bequemlichkeit willen einen Gebietstausch zwischen einem kurländischen und einem Magdeburgischen Kreise vorgenommen. Erst im Zeitalter der Revolution hat man sich gewöhnt, in dem Mechanismus der Sicherheit, in der Einseitigkeit die Kraft des Staats zu sehen: — wir sind über den Werth jener Genugthuung, um diese wo anders suchen zu dürfen. — Oder sollte man endlich bestreiten müssen, mit dieser Anerkennung des provinziellen Geistes den Kampf der Provinzen untereinander zu entzünden: Würde dieser Kampf zu einem Wettstreit, an jeder Stelle so viel als möglich von dem eigenen, dem guten alten Recht zu behaupten — wir schenken ihn nicht ungern: er müßte zu jener „zweideutigen Eintracht“ gehören, in der alles wahrer Geist wurzelt. — Nur den Fall muß man davon unterscheiden, daß die eine Provinz sich mit der Revolution waffnet, um gegen das Recht der anderen zu Felde zu ziehen. Es scheint so begründet, daß die Rheinprovinz, die bei und diese Polarität hervorruft, und doch die eigentlich keine weniger Grund habe. Keine hat dreißig Jahre hindurch mehr Schonung und Pflege ihrer Sonderthümlichkeit bei der Preussischen Regierung gefunden als sie: so wenig sollte die Verankerung der „Königlichen Zeitung“ wider das Jankertum ihre Weichheit doch nicht ausgedrückt haben, daß sie vergesse, wie man zwanzig Jahre, von 1825—1845, mit den Rheinischen Landtagen über die Gemeinde-Ordnung unterhandelt, wie oft die Welt zwischen Berlin und Köln hin und hergeschickt worden, wie es zum Abschluß kam! — Dort hat man den Excentriken fremder Revolution die Ehre angethan, sie wie wohlwollend auf eigenem Boden gewachsenen Recht zu behandeln, und jetzt ist gegen diejenigen, welche die uralten Institutionen der Stammegebiete der Monarchie nicht gleich dem Wasserwerk von gesten aufgeben wollen, keine Schwärzung und Verächtlichkeit herbe genug! Am meisten verletzt es, diejenigen von dem gemeinsamen Grunde angezogen oder doch ausgebeutet zu sehen, die am ersten wissen sollten, wie viel sie für ihre heiligen Interessen gerade diesem Preussischen Constitutionalismus verdanken. — Indes hat auch dieser Abfall seinen Werth: er beleuchtet die Gefahren über die Größe der Kampfvertheilung. Die Regierung hat die Einsicht und dem Patriotismus dieser Landtage inhaushaltener, folgerichtiger Gedanken anvertraut: gelangt es, dieselben in das provinzielle Recht zu verankern, ihnen eine Gestalt zu geben, die den Kammern Achtung und Bewilligung abdrückt, so sind die Feinde des städtischen Geistes von selber beseitigt, und die provinziellen, kleinstädtischen Freunde werden froh sein, sich mit seinem Fittig bedien zu können.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Bildhauer und Professor Kitz in Berlin, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Königlich Preussischen Infanterie-Bataillon-Commandeur, Major Zentler, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Königlich hannoverschen Premier-Lieutenant und Ordennanz-Officer von Kronenfeld und dem großfürstlich holländischen Trantscholdt zu Lauchhammer in der Provinz Sachsen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Kammerjunker von Bodden, den St. Johannis-Orden; dem gleichem der Heiligkeit Hoffmann bei der Ritter-Akademie zu Pless, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Gärten-Arbeiter Gentel zu Eberburg im Regierungs-Bezirk Magdeburg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen;
Gernß der von dem Gemeindevorsteher zu Breslau gestifteten Wahl den Ober-Regierungsrath und Director der General-Kommission für Schlesien, Elbinger, als Bürgermeister der Stadt Breslau für eine zwölfjährige Amtsdauer, unter Entlassung aus dem Staatsdienste, zu bekräftigen, und
Dem Rittergutsbesitzer Busch auf Worsfelde, im Kreise Sternberg, den Titel „Ökonomie-Rath“ zu verleihen.
Ministerium für Handel, Gewerbe u. öffentl. Arbeiten.
Dem Knopfabrikanten Friedrich Langendorf zu Giebels ist unter dem 7. September 1851 ein Patent auf ein durch Probe-Exemplar nachgewiesenes, die sogenannten

Gegen erfahrendes Befehlsmittel an übergebenen Knöpfen, so weit dasselbe als neu erachtet werden, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten.
Der bisherige Bibliothekar, Rittmeister, Dr. Gofsch, ist zum Rufus bei der hiesigen Königl. Bibliothek, und der bisher mit der Verwaltung der Rufus-Funktionen bei der Königl. Universitäts-Bibliothek hieselbst provisorisch beauftragte Dr. Koser zum Rufus bei der letzteren ernannt worden.

Polizei-Präsident.
Die nachbenannten Straßen:
a) „Gallische Communication“ zwischen dem Gallischen und Gellischen Thore,
b) „Wasserthorstraße“ zwischen der Feinstraße und dem Zeughaus,
c) „Königs-Strasse“ von der Wasserthorstraße bis zur Gallischen Communication
werden wegen der Gefährlichkeit ihrer Passage während Ausübung des dortigen Canalbaues und der Verbindungs-Strassen von jetzt an die zur Benutzung der Arbeiter für Fuhrwerk, Reiter und Fußgänger gesperrt werden.
Berlin, den 8. Sept. 1851.
Königl. Polizei-Präsident. v. Hindeley.

Wegen Inhabung der Steinbühnen in der Kaiserstraße muß die Straße vom 10. u. 11. M. an und zwar zunächst zwischen der Kurze und der kleinen Frankfurter Straße, später zwischen der Kurze und der Alexanderstraße für Fuhrwerk und Reiter gesperrt werden.
Berlin, den 8. Sept. 1851.
Königl. Polizei-Präsident. v. Hindeley.

Die Unterbaubehörde wird ihrer Reparatur halber vom 11ten dieses Monats ab, bis zur Vollendung der Arbeit für Wagen und Reiter gesperrt werden.
Berlin, den 9. September 1851.
Königl. Polizei-Präsident. v. Hindeley.

Angekommen: Der Fürst von Pückler-Muskau, von Schloß Branitz.
Ihre Excellenzen die Königl. hannoverschen Staatsminister von Ranschhausen und von Hammerstein, von Hannover.
Der Geheimen Raths-Rath Illaire, von Oberplessen in Potsdam.
Abgereist: Hr. Excellenz der Königl. hannoversche Staatsminister von Ranschhausen, nach Hannover.

Deutschland.

Berlin, 10. September. [Zum Solbvertrag mit Hannover.] Die heilsame Absicht, die in erschreckender Weise überhand nehmen des Schwindels jener Parteien, welche nicht auf die Erhaltung und Beförderung der Producenten, sondern auf die Höhe der Pollage begründet sind, haben wir gestern als eine der Wohlthaten bezeichnet, welche aus der handelsfreien Richtung des hannoverschen Vertrages hervorgehen. Wir sind hierdurch in Widerspruch mit dem hiesigen Organe der Schutzollner geraten, welches sich der Hoffnung hingibt, daß der Vertrag nur das Gebiet ausdehnen werde, auf welchem die Gegenstände gewisser Industriellen zu doppeltem Preise bezahlt werden müssen. Der Vertrag wird wahrscheinlich schon dieser Tage veröffentlicht werden, er kann, wie wir gestern gesagt, unmöglich den ganzen Tarif enthalten, und seine Bestimmungen über denselben dürften sich auf diejenigen Artikel beschränken, welche, wie Zucker, Wein, Tabak und Branntwein, aus dem Anlande besuht sind, und deren Steuer-Verhältnisse natürlich so weit als möglich festgesetzt werden müssen, um für die finanziellen Punkte des Vertrages einige Factoren zu finden. Wir glauben, daß die Bestimmungen über jene Artikel unsere Mittelkraft über die Richtung des Vertrages bekräftigen werden, woraus dann natürlich folgt, daß diese Richtung nicht nur mit Bezug auf jene landwirtschaftlichen Produktionszweige, sondern im Sinne ihrer Befreiung von bisherigen unrentablen Lasten auch mit Bezug auf alle andere Industriezweige zur Anwendung kommt. Wir können inwiefern nur wiederholen, daß ohne diese Richtung der Vertrag des Abschlusses nicht werth wäre. So viel wir verstanden, ist der Vertrag im Namen Preußens unabhängig von den anderen Staaten des Solbvereins abgeschlossen, diesen jedoch der Beitritt vorbehalten, welcher Vorbehalt nach bereits vorhandenen Aufzeichnungen von denselben ohne Zweifel benutzt werden wird. Zeigt daher die Preussische Regierung auf der einen Seite den festen Entschluß, daß, was sie für nützlich erkennt, um jeden Preis durchzuführen, so hat sie auf der anderen Seite die Brücke offen gehalten, auf welcher die verbundenen Regierungen ihr folgen mögen. Wir diesen Regierungen wird auch ein Unverhältnis gegeben werden über die Frage der Festsetzungen der Solbvereins-Pollage, wie sie sich im Laufe der Verhandlungen zwischen Preußen und Hannover als notwendig ergeben. Auf diese Weise ist die neue Solbverbindung gewonnen, und die alte nicht aufgehoben. In diesem Sinne haben wir unsern den Vertrag aufzufassen, den wir nach seiner Veröffentlichung noch etwas näher besprechen werden.

Seine Majestät der König trafen gestern Abend gegen 7 1/2 Uhr, zunächst von Sagan kommend, auf dem Potsdamer Bahnhof ein und wurden daselbst, da Albrechtsfesten jeden weitem Empfang verboten, nur von den sämmtlichen Herrn Ministern, von dem General-Lieutenant v. Neumann und dem Königl. Geheimen Rath v. Marlow empfangen. Se. Majestät ließen unverzüglich die Reise nach Sanssouci fort.

Der Ministerpräsident, Hr. v. Manteuffel begab sich heute um 12 Uhr nach Sanssouci, Hr. Maj. dem Königl. Vortrag zu halten. Hr. Excellenz wurden von Hr. Majestät zur Tafel befohlen.

Gestern Abend ist Hr. Excellenz der Ober-Befehlshaber in den Marken, General der Cavallerie v. Wrangel, zu den Markensdörfern der 6. Division nach Treuenbrietzen abgereist.

Der Kammerherr und Vice-Ober-Regierungsrath Graf v. d. Affenburg-Ballenstein ist von Marksdorf hier angekommen.

Der bevorstehende Wechsel in der Regierung der hiesigen Verwaltungsbeförden dürfte nicht so unpassend sein, als man erwartet hat, indem, wie verlautet, einige solche Stellen durch Beamte besetzt werden sollen, welche zur Zeit außer Activität sind. So würden zugleich auch die finanziellen Gründe bei den denselben Ernennungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Das „Corresp.-Bl.“ will wissen, daß die hiesige Commission in Gelsen, General v. Admann, wünsche von dort wieder abberufen zu werden. Es dürfte diese Mitteilung wohl der Veranlassung entstehen, indem General v. Admann an der betreffenden Stelle wenigstens einen solchen Wunsch nicht ausgesprochen hat.

Der mit einer Special-Mission an Se. Majestät den König betraute Graf v. Bismarck aus Kopenhagen wird in diesen Tagen von Albrechtsfesten in besonderer Audienz empfangen werden. Wie verlautet, geht die Mission des Grafen, der sich hier in den wenigen Tagen seiner Anwesenheit sowohl durch seine sehr conservative Gesinnung, als durch sein feines, staatsmännisches Benehmen in den hiesigen Kreisen große Hochachtung erworben hat, im Allgemeinen dahin, die Könige die Vermittlung in der hiesigen Regierung über die zur Wahrung des Deutschen Interesses in Gelsen zu ergreifenden Maßregeln

